

BBB-Pressemitteilung vom 13. März 2025

Einkommensrunde 2025 TVöD

Warnstreik und Demo in Nürnberg BBB: Arbeitgeberseite muss in Verhandlungen einsteigen!

Zu einem deutlichen Zeichen an die Arbeitgeber hatte der dbb beamtenbund und tarifunion heute die Beschäftigten in Nürnberg zusammengerufen. Ohne Angebot der Arbeitgeberseite geht man in die dritte und zunächst letzte geplante Verhandlungsrunde. „Wir brauchen eine faire Einigung auch als Zeichen an den gesamten öffentlichen Dienst“, so BBB-Vorsitzender Rainer Nachtigall.

Rund 1.700 Beschäftigte sind aus ganz Bayern nach Nürnberg gefahren, um für faires Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen zu demonstrieren. Sie können auf die Solidarität aller im öffentlichen Dienst Tätigen zählen. Denn für die Länder stehen im Herbst die Tarifverhandlungen an.

Die Abgänge der nächsten Jahre sowie der Mangel an Fach- und Nachwuchskräften erfordern konsequentes Handeln. „Wir brauchen einen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen!“, macht Nachtigall geltend. Der öffentliche Dienst dürfe mehr Wertschätzung erwarten. Die Blockadehaltung der Arbeitgeber sei kontraproduktiv, so der BBB-Chef.

Die Forderungen sind klar: 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 350 Euro monatlich, mehr freie Tage und mehr Zeitsouveränität.

Das gelte insbesondere für Kommunen, bekräftigt Adi Abt, Vorsitzender der komba gewerkschaft bayern: „Die Kommunen brauchen dringend eine große Personaloffensive. Dazu muss der öffentliche Dienst unbedingt an Attraktivität gewinnen. Das spiegelt sich in flexiblen Arbeitszeitmodellen und guter Bezahlung wider. Die Herausforderung wird sein, gutes Personal zu halten, neues zu gewinnen und die Zufriedenheit unserer Kolleginnen und Kollegen wieder herzustellen“, verdeutlicht er.

Kernforderungen:

- Ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich zur Erhöhung der Entgelte (ggf. zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen).
- Drei zusätzliche freie Tage sowie einen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen.
- Die Entgelte u. a. der Auszubildenden sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.

Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind über 2,6 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende und Auszubildende des Bundes (über 156.000) und der Kommunen (über 1.500.000) und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat. Hinzu kommen knapp 370.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter sowie fast 600.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes.